

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pphn d



Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, kündigt einen Mehrbedarfzuschlag für Kinder von Sozialhilfe-Empfängern an: Hilfe für die ärmsten Familien. Seite 1/2

Lothar Schwartz, Sprecher des SPD-Vorstandes, sieht in Strauß das Hindernis für die Abfassung des CDU/CSU-Wahlprogramms: Verformung der innerparteilichen Demokratie. Seite 3

Alfons Pawelczyk MdB untersucht die Rahmenbedingungen der aktuellen und künftigen Sicherheitspolitik: Vor einem neuen Gleichgewicht. Seite 4-8

Egon Franke, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, unterstreicht, daß innerdeutsche Entspannung Programm bleibt: Den Spielraum einhalten. Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 76 / 21. April 1980

Hilfe für die ärmsten Familien

Mehrbedarfzuschlag für Sozialhilfe-Empfänger wird realisiert

Von Antje Huber MdB
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Frage einer zumindest teilweisen Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe ist schon seit einigen Jahren in der Diskussion und flammt immer dann besonders wieder auf, wenn - wie jetzt - eine Kindergeltverbesserung oder familienbezogene Steuerbegünstigung vor der Tür steht.

Die Sozialhilfe empfangenden Eltern beklagen dann jedesmal, daß sie leer ausgehen, obwohl die Sozialhilfe als Hilfe zum Lebensunterhalt im Gegensatz zum Kindergeld natürlich kostendeckend konstruiert sein muß - (zur Zeit wird der sogenannte Warenkorb erneut überprüft) - und vom Nachrangprinzip ausgeht. Das Nachrangprinzip bedeutet, daß zunächst alle eigenen Einkünfte (auch das Kindergeld) in Ansatz zu bringen sind, ehe ein Beitrag zum Lebensunterhalt aus Steuermitteln gezahlt wird.

Die Nichtanrechnung von Kindergeld wäre deshalb - trotz Verständnis für die Argumente der Sozialhilfeempfänger - ein schwieriger Präzedenzfall für die Sozialhilfe, auch



wenn ein Teil des Kindergeldes nicht für den reinen Unterhalt, sondern für die Erziehungsleistung bestimmt würde. Aus diesem Grunde ist auch eine Bundesländer-Kommission inzwischen zu dem Ergebnis gekommen, daß nur eine Verbesserung der Mehrbedarfsregelung (die ja das Bundessozialhilfegesetz kennt) zu befürworten wäre.

Nach intensiven Bemühungen von Regierung und Koalitionsfraktionen konnten jetzt die Grundzüge einer Regelung erarbeitet werden, die zu einer wesentlichen Entlastung der Sozialhilfe beziehenden Familien führen wird. Künftig sollen alle Eltern - nicht nur bei großen Familien - für jedes Kind zusätzlich zum Regelsatz einen Mehrbedarfszuschlag in Höhe von zehn Prozent des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes erhalten.

Dieser Regelsatz eines Haushaltsvorstandes liegt im Bundesdurchschnitt derzeit bei circa 310 DM. Also würde der Mehrbedarfszuschlag zur Zeit für jedes Kind circa 31 DM betragen. Da die Regelsätze in der Regel zum 1. Januar eines jeden Jahres an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angeglichen werden, wird dieser Betrag aber spätestens am 1. Januar 1981 höher liegen, wahrscheinlich 320 DM beziehungsweise 32 DM monatlich.

Da die vierte Bundessozialhilfegesetz-Novelle am 1. Januar 1981 in Kraft treten wird, entstünden etwa 252 Millionen DM jährliche Mehrkosten für die Träger der Sozialhilfe, die in den letzten Jahren ja erhebliche Entlastungen durch die Kindergelderhöhungen erfahren haben.

Wir gehen davon aus, daß die Regelung durch zügige Beratungen in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann, und daß der Bundesrat dieser Besserstellung gerade unserer ärmsten Familien seine Zustimmung nicht versagt.

(-/21.4.1980/bgy/ca)

+ + +



Verformung der Innerparteilichen Demokratie

Abfassung des CDU/CSU-Wahlprogramms stolpert über das Hindernis Strauß

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Am heutigen 21. April 1980 tritt die gemeinsame Wahlkampfkommission von CDU und CSU zusammen, um "voraussichtlich" ein Wahlprogramm unter Dach und Fach zu bringen. Am 25. Februar war dieser Versuch am Einspruch des Kanzlerkandidaten gescheitert, weil er - nach offiziöser Darstellung - noch nicht zum gründlichen Studium des Entwurfs gekommen war. Über Ostern - so beschied Strauß damals die übrigen Mitglieder der Kommission - werde er sich das Papier anschauen und eine Präambel formulieren. Erst dann könne man in punkto Wahlprogramm mit seiner Absegrung rechnen.

Es ist Sache der betroffenen CDU-Spitzenpolitiker, wie sie mit den Methoden und Al-lüren ihres Kandidaten zurechtkommen und damit als Personen und All-Entscheidungs-träger einer großen Partei fertig werden. In einer parlamentarischen Demokratie ist es allerdings von großem Allgemeininteresse, wie sich in einer der sie mittragenden politischen Gruppierung der Prozeß der Willensbildung vollzieht. Im konkreten Falle deutet alles auf die Verformung der Innerparteilichen Demokratie zur Befehlsausgabe der CSU-Vorsitzenden hin. Das ist zumindest optisch in der bisherigen Praxis und Geschich-te der größeren Oppositionspartei CDU ein außergewöhnlicher Vorgang. Viele Mitglieder der Union müssen sich dadurch verhöhnt fühlen, wie es der Landesvostand der Jungen Union in Rheinland-Pfalz für seinen Zuständigkeitsbereich bereits öffentlich konsta-tiert hat.

Es ist für die CDU-Spitze beschämend, von der Basis her die heftige und bittere Er-mahnung zu hören, daß es nicht genügt, einen Kanzlerkandidaten zu haben, sondern die Mitglieder der Partei und die Wähler insgesamt wissen müssen, was die Unionsparteien in den nächsten Jahren politisch tun und verantworten wollen. In diesem Zusammenhang wird es offen als Skandal bezeichnet, daß die CDU und CSU bisher nicht in der Lage waren, für die in gut fünf Monaten stattfindende Bundestagswahl ein inhaltliches politisches Angebot an die Bürger zu verabschieden.

Die Freien Demokraten haben Ende Februar und die Sozialdemokraten Mitte März 1980 ihre Wahlprogramme vorgelegt. Wie es sich gehört, sind diese Entwürfe zur Diskussion in die jeweiligen Parteigliederungen gegeben worden. Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke beziehungsweise Landesverbände der SPD können bis zum 26. April Ergänzungs- und Änderungsanträge stellen. Ein solches, im Sinne innerparteilicher Demokratie und korrekter Willensbildung unerläßliches Verfahren wird bei der CDU überhaupt nicht mehr möglich sein; denn ihr Wahlparteitag findet bereits am 19. und 20. Mai 1980 in Berlin statt. Seine Delegierten werden auf diese Weise zu Statuten degradiert, denen allerdings aus Parteiräson nichts anders übrig bleibt, als den vom gemeinsamen Kanzlerkandidaten ausgefertigten Tagesbefehl zu schlucken und zu Hause zu vertre-ten.

Der Anschluß der CDU an die CSU wird damit auch hinsichtlich der Mißachtung von Grund und Spielregeln praktischer Innerparteilicher Demokratie vollzogen. Die Union hat in Theorie und Praxis den Kandidaten Strauß als Programm akzeptiert.

(-/21.4.1980/v0-he/ca)

+

+

+



Vor einem neuen Gleichgewicht

Minderung westlichen Einflusses darf sowjetischen nicht stärken

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle
des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die gesamte Nordatlantische Allianz ist betroffen von den weltweiten Rahmenbedingungen der Politik. Wir tragen gemeinsam Verantwortung, zu Beginn des nächsten Jahrhunderts sechs statt vier Milliarden Menschen zu ernähren, zu kleiden und auszubilden. Wenn wir die damit verbundenen Probleme lösen wollen, müssen wir auf jeden Fall verhindern, daß durch Unvorsichtigkeit oder durch einen falschen politischen Zug ein Konflikt entsteht, der den Kalten Krieg oder sogar den Heißen Krieg entbrennen läßt. Darin vor allem liegt die politische Weisheit, die von uns gefordert wird. Das Schicksal der Menschheit wird sich also auch daran entscheiden, ob sie

1. Aufrüstung stoppt und Abrüstung einleitet; die Hauptverantwortung dafür liegt bei den beiden Großmächten und den europäischen Staaten;
2. die Umwelt- und Energieprobleme friedlich löst;
3. die Weltwirtschaftsprobleme so regelt, daß sie immer weiter auseinanderkaffende Entwicklung zwischen Arm und Reich zugunsten der armen Regionen beeinflußt werden kann.

Westeuropa ist ein Gebiet mit geringen Rohstoffreserven. Unsere Abhängigkeit wächst. Militärische Sicherung von Rohstoffen ist absurd. Mit den Ländern der Dritten Welt muß die politische Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil verstärkt werden. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß der Westen niemals den früher gehaltenen Einfluß in der Dritten Welt zurückgewinnen wird. Es wird sich ein neues Gleichgewicht in der Welt zwischen mehreren Zentren entwickeln. Es kommt darauf an, zu diesen Regionen ein gutes Verhältnis zu entwickeln und deren Streben nach Eigenständigkeit zu unterstützen. Dabei muß darauf geachtet werden, daß die Schwächung westlichen Einflusses nicht dazu führt, daß die Sowjetunion ihren Einfluß in diesem Raum im Gegenzug vergrößern kann.

Unserer eigenen Öffentlichkeit sollte bewußter zur Kenntnis gebracht werden, daß der CDU und CSU immer dann, wenn neue außenpolitische Probleme entstehen, in ihren ersten Reaktionen vor allem militärische Lösungen einfallen. Die Herren Wörner und Dregger waren es, die nach der sowjetischen Aggression in Afghanistan die Ausdehnung der NATO forderten.

Dazu muß festgestellt werden: Kein NATO-Staat hat die Ausdehnung verlangt. Für sie gäbe es auch keine einhellige Unterstützung unserer Bündnispartner. Es ist politisch verantwortungslos, daß gerade Politiker des Staates, der die Solidarität am dringendsten benötigt, Spannungen innerhalb des Bündnisses, die sich daraus zwangsläufig ergeben, zu Kauf nehmen wollen. Es ist im übrigen interessant, daß die Opposition sich darüber schnell bereitfindet, Maßnahmen zu fordern, die zu Krisenverschärfungen führen, sich jedoch bei Maßnahmen, die außenpolitisch Stabilisierung bewirken können, jeweils stark zurückgehalten hat oder sie gar abgelehnt hat (Vertragspolitik, KSZE).

Die von Oppositionspolitikern geforderte Ausdehnung der NATO würde außerdem eine noch ernstere Krise für den Weltfrieden bedeuten. Wenn die NATO militärisch in anderen Regionen der Welt in Erscheinung träte oder gar Staaten der Regionen aufforderte, diesem Bündnis beizutreten, würde mit Sicherheit der Warschauer Pakt gleiche Aktivitäten entwickeln. Damit würden sich NATO und Warschauer Pakt in allen Krisen- und Spannungsgebieten der Welt direkt gegenüberstehen. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion wären an jedem Ort der Welt direkt konfrontiert. Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Großmächten würde steigen. Wir sind uns einig mit den USA, die Rüstungskontrollpolitik für Europa auf einer Basis ausreichender Sicherheit fortz



setzen. Dabei werden wir Sozialdemokraten uns allen Bestrebungen widersetzen, die geeignet sind, unsere Solidarität mit den USA zu lockern.

Wie können die Verhandlungen fortgesetzt werden?

SALT

Wir bedauern, daß SALT II noch nicht ratifiziert ist. Die jüngste Verzögerung ist auf den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan zurückzuführen. Er hat zu einem totalen Stimmungsumschwung in den USA geführt. Ich weiß, daß der amerikanische Präsident entschlossen war, das Ratifizierungsverfahren Anfang 1980 einzuleiten.

Die USA wollen sich im Bereich strategischer Waffen so verhalten, als ob das SALT II-Vertragswerk ratifiziert sei. Die vorübergehende Unterbrechung dieses Ratifizierungsvorganges ist also eine Maßnahme zur Rettung des Vertrages.

Die Fortsetzung des Dialogs zwischen den beiden Großmächten würde erleichtert, wenn auch die Sowjetunion öffentlich erklärt, daß sie sich an die Bestimmungen des Vertrages halten wird. Positiv ist festzustellen, daß die Sowjetunion sich bisher an den Vertrag gehalten hat.

Wir wären naiv, würden wir darüber hinwegsehen, daß die Verzögerung der Ratifizierung neue Probleme schafft. Ich denke dabei an die Vertrags Elemente, in denen feste Termine vereinbart sind.

SALT ist die entscheidende Grundlage, auf der die Kooperation zwischen USA und Sowjetunion aufgebaut ist. Wenn dieser Boden entzogen wird, ist eine Grundsatzentscheidung gegen die Politik der Stabilität getroffen. Kalter Krieg und Rüstungswettlauf werden dann die Rahmenbedingungen auch für Europa negativ verändern. Deshalb sollten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion einen Weg finden, der die Ratifizierung in absehbarer Zeit erlaubt.

Wenn beide Großmächte sich an die Bestimmungen des SALT II-Vertrages halten, können Gespräche über nukleare Mittelstreckenwaffen beginnen. Auch vor offiziellem Verhandlungsbeginn können viele Vorarbeiten geleistet werden. Ohne die einvernehmliche Zuordnung der nuklearen Waffensysteme zum Beispiel, die in Verhandlungen einbezogen werden sollen, sind Verhandlungsergebnisse nicht zu erwarten.

Die Sowjetunion sollte sich schnell bereitfinden, über die Begrenzung nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa zu verhandeln. Über Verhandlungsmöglichkeiten im Bereich nuklearer Mittelstreckenwaffen, aber auch über den Fortgang der MBFR-Verhandlungen gibt es auf beiden Seiten Mißverständnisse. Ich will deshalb unsere Auffassung noch einmal erläutern.

Im Verlauf des NATO-internen Entscheidungsprozesses war es möglich, die ursprünglichen Absichten, auf die fortgesetzte Aufrüstung des Warschauer Paktes mit einem Rüstungsbeschluß der NATO zu reagieren, so weiterzuentwickeln, daß untrennbar neben dem verteidigungspolitischen Maßnahmenkatalog ein konkretes Angebot über Rüstungskontrollverhandlungen gestellt wurde. An dieser Entwicklung haben Sozialdemokraten entscheidend mitgewirkt. Für den Erfolg der Verhandlungen ist ein klar umrissener Verhandlungsrahmen wichtig; auch um Spekulationen eines Teils der sowjetischen Führungskräfte zu widerlegen, die NATO werde zu solidarischem Vorgehen bei diesen Problemen außerstande sein.

Es ist das erklärte politische Ziel der Sozialdemokraten, durch Rüstungskontrollverhandlungen die Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen und das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der Nuklearwaffen mit interkontinentaler Reichweite sowie mit mittlerer Reichweite auf niedrigerem Niveau zu stabilisieren. Die Opposition vertrat noch Anfang 1979 die Auffassung, daß erst genügend Mittelstreckensysteme in Europa stationiert sein müßten, bevor verhandelt wird.

Der NATO-Beschluß vom 12.12.1979, der sowohl verteidigungspolitische Maßnahmen als auch Maßnahmen der Rüstungskontrollpolitik umfaßt, schafft Möglichkeiten, die Auffassung der SPD zu realisieren. Der Schlußabsatz des NATO-Kommuniqués vom 12.12.1979 lautet:

"Erfolgreiche Rüstungskontrolle, die den sowjetischen Aufwuchs begrenzt, kann die Sicherheit des Bündnisses stärken, den Umfang des INF-Bedarfs der NATO beeinflussen und im Einklang mit der grundlegenden NATO-Politik von Abschreckung, Verteidigung und Entspan-



nung - wie sie im Harmel-Bericht niedergelegt wurde - Stabilität und Entspannung in Europa fördern. Der INF-Bedarf der NATO wird im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werden."

Der Beschluß des Bundesparteitages der SPD enthält folgende Forderungen:

1. Rüstungskontrollpolitischen Regelungen muß der politische Vorrang gegeben werden.
Das bedeutet: Wir sind bei einem befriedigenden Verhandlungsergebnis mit der Sowjetunion bereit, auf die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Europa zu verzichten. Da neue nukleare Mittelstreckenwaffen der USA erst in vier Jahren zur Verfügung stehen, haben wir ausreichend Zeit festzustellen, ob in den 80er Jahren auftretende sicherheitspolitische Probleme durch Herunterrüsten statt durch Heraufrüsten gelöst werden können.

Es muß versucht werden, Parität für die 80er Jahre aufrechtzuerhalten durch einen doppelten Schritt der Abrüstung. Wenn zum Beispiel die Sowjetunion darauf verzichtet, ihr Sprengkopfpotential im interkontinentalen Bereich zu erhöhen, die Vereinigten Staaten der Sowjetunion durch Reduzierung ihrer Überlegenheit entgegenkommen und die Sowjetunion gleichzeitig ihre große Überlegenheit im nuklearen Mittelstreckenbereich reduziert, kann auf die Einführung zusätzlicher nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa verzichtet werden. Auch aus geographischen Gründen ist dabei den USA eine Überlegenheit im interkontinentalen und der Sowjetunion im Mittelstreckenbereich einzuräumen. Ziel muß die Herstellung einer Gesamtparität auf niedrigerem Niveau sein.

2. Gleichzeitig sind die notwendigen verteidigungspolitischen Optionen festzulegen, die diese im Falle eines Scheiterns rüstungskontrollpolitischer Bemühungen wirksam werden können.

Das bedeutet: Bei negativem Verhandlungsausgang muß die NATO in der Lage sein, Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren. Aus Gründen unserer Sicherheit müssen also die Vereinigten Staaten den eingeleiteten Entwicklungs- und Produktionsprozeß fortsetzen. Dieser Ansatz wird den Besorgnissen gerecht, die das Bündnis in Punkt 5 des NATO-Beschlusses vom 12.12.1979 genannt hat:

"Diese Entwicklung (nämlich die sowjetische Rüstung im Nuklearbereich mittlerer und kürzerer Reichweite) haben im Bündnis ernste Besorgnisse hervorgerufen, da - falls sie fort dauern sollten - die sowjetische Überlegenheit bei den Mittelstreckenwaffen die bei den interkontinentalen strategischen Systemen erzielte Stabilität aushöhlen könnte. Durch diese Entwicklungen könnte auch die Glaubwürdigkeit der Abschreckungsstrategie des Bündnisses dadurch in Zweifel gezogen werden, daß die Lücke im Spektrum der dem Bündnis zur Verfügung stehenden nuklearen Reaktionen auf eine Aggression stärker akzentuiert würde."

3. Der Gang der Verhandlungen und die zu erwartenden Ergebnisse müssen es den Politikern der NATO jederzeit möglich machen, Beschlüsse zu überprüfen und wenn nötig, zu revidieren.

Das bedeutet: Zum Zeitpunkt der Produktionsreife (1983/4) muß der Verhandlungsstand neu bewertet werden. Das Bündnis hat dann politisch festzustellen, ob sofort verteidigungspolitische Maßnahmen durchgeführt werden müssen oder die Verhandlungen fortgesetzt werden können.

Wegen der Folgen der Entscheidung für die 80er Jahre müssen die Verhandlungen ständig von den politischen Gremien begleitet und bewertet werden. Das Bündnis hat am 24. Januar 1980 eine Sonderberatungsgruppe für INF-Rüstungskontrolle eingesetzt, deren Aufgabe in voller Übereinstimmung mit dem Parteitagbeschuß von Berlin steht:

"An diesen Verhandlungen müssen die Europäer in einem Maße beteiligt sein, das die Mitwirkung der europäischen Bündnispartner bei der Ausarbeitung und Bewertung von Verhandlungspositionen sicherstellt (Antrag 11 P. IV/27)."

Durch diese Mitwirkung der europäischen Bündnispartner ist sichergestellt, daß der Stand der Rüstungskontrollverhandlungen zum Zeitpunkt der Produktionsreife zusätzlicher amerikanischer Mittelstreckenwaffen (1983/4) das entscheidende Kriterium für die Durchführung des Stationierungsbeschlusses ist. Neben dieser Mitwirkung auf Regierungsebene sind auch die politischen Gruppierungen innerhalb der NATO-Staaten - dazu sind bei uns vor allem die politischen Parteien und Bundestagsfraktionen zu rechnen - aufgefordert, die Verhandlungen kritisch zu begleiten.



4. Es muß möglich sein, den Prozeß von der Waffenidee über die Produktion hin zur Stationierung durch ein Verhandlungsergebnis zu durchbrechen.

Das bedeutet: Mit dieser Vorgehensweise könnten zum ersten Male Waffenoptionen Gegenstand von Verhandlungen werden. Der Rüstungswettlauf hat sich in den letzten Jahren zunehmend auf den qualitativen Bereich verlagert. Dieser Entwicklung können traditionelle Maßnahmen der Rüstungsbegrenzung und -verminderung nur unzulänglich gerecht werden. Deshalb muß die in Ost und West häufig anzutreffende Abfolge - militärische Forderung, Entwicklung, Erprobung, Serienproduktion und Zuweisung an die Streitkräfte - durch verstärkte Ausübung politischer Verantwortung möglichst vor der Produktionsphase unterbrochen werden.

Die amerikanischen Entscheidungen, schon produzierte Raketenabwehrsysteme (ABM) aufgrund politischer Erwägungen zu verschrotten und den mit erheblichem Kostenaufwand entwickelten B-1-Bomber nicht zu bauen, sind Beispiele dafür, daß die Kostenfrage keine Rolle spielt, wenn die Stabilisierung des Friedens mit politischen Mitteln besser erreicht werden kann.

Technische Zwänge wie Haushaltsplanungen und Kosteneffektivität dürfen außenpolitische Entscheidungen nicht präjudizieren. Rüstungsprogramme sind so flexibel aufzubauen, daß sie unterbrochen werden können, wenn sie durch Rüstungskontrollpolitische Vereinbarungen überholt sind. Das kann durchaus bedeuten, daß schon entwickelte Waffensysteme aufgrund von Verhandlungsergebnissen nicht produziert und in die Streitkräfte eingeführt werden. Niemand kann auf Dauer die Verantwortung dafür tragen, daß aufgerüstet wird, um abrüsten zu können. Das bedeutet: Wir müssen bereit sein, für die Nichtrealisierung von Waffenoptionen finanzielle Leistungen zu erbringen. Die Kosten, die den USA bis zur Herstellung der Produktionsreife neuer Waffensysteme, die im Auftrag der Allianz entwickelt wurden, entstanden sind, sollten in dem Falle vom Bündnis gemeinsam getragen werden.

Priorität haben zunächst nicht finanzielle Einsparungen, sondern die Stabilisierung des Friedens durch Verhinderung ständig neuer Waffenproduktionen und anschließender Einführung in die Streitkräfte. Das scheint auf absehbare Zeit der einzige Weg zu sein, um den Rüstungswettlauf erfolgreich abzubremesen.

5. Keine Singularität; das heißt eine ausschließliche Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden darf nicht in Betracht gezogen werden.

Das bedeutet: Im Gegensatz zur Opposition lehnen wir es entschieden ab, der einzige Nicht-Nuklearwaffenstaat in Westeuropa zu sein, der Mittelstreckenwaffen aufnimmt. Das hat der Bundeskanzler für die Bundesregierung mehrfach erklärt. Wir unterstützen ihn ausdrücklich in dieser Auffassung.

Singularität und Solidarität im Bündnis schließen sich für die Bundesrepublik Deutschland aus. Die Solidarität im NATO-Bündnis hat aus sicherheitspolitischen Gründen Priorität für die Bundesrepublik Deutschland. Solidarität ist die Grundbedingung unserer Außenpolitik. Nur durch diese Solidarität mit unseren Bündnispartnern, an der Spitze den Vereinigten Staaten, war es möglich, die Entspannungs- und Friedenspolitik der sozial-liberalen Koalition einzuleiten und durchzuführen. Sie hat erhebliche Verbesserungen für die Menschen in Europa und in Deutschland gebracht.

MBFR

Mißverständnisse gibt es auch in Wien bei den MBFR-Verhandlungen. Die NATO hat am 20.12.1979 einen Vorschlag unterbreitet, der es ermöglichen soll, innerhalb kurzer Zeit zu einer ersten Zwischenvereinbarung zu gelangen. Eine solche Vereinbarung ist nach siebenjähriger Verhandlungsdauer dringend nötig, damit der MBFR-Verhandlungsrahmen nicht entwertet wird. In dem Angebot der NATO sind einige Verpflichtungen, zu denen wir uns bereits positiv eingestellt hatten, nicht erwähnt. Daraus schließt der Warschauer Pakt zu Unrecht, daß die NATO sich aus diesen Verpflichtungen lösen will. Wenn es hier Mißverständnisse im NATO-Angebot gibt, müssen wir das durch zusätzliche Interpretationen klarstellen.

Ich bin zum Beispiel der Auffassung, daß sich durch konkrete Reduzierungsmaßnahmen in der Phase II das Kräfteverhältnis innerhalb der beiden Bündnisse nicht verändern darf. In der Datenfrage muß der Warschauer Pakt endlich einen konstruktiven Beitrag zur Auf-



klärung der Zahlendiskrepanz leisten. Nach den Erkenntnissen der NATO besitzt der Warschauer Pakt über 150.000 Soldaten der Landstreitkräfte mehr in Mitteleuropa, als er angibt. Diese Diskrepanz scheint dadurch zu bestehen, daß wir zum Beispiel andere Streitkräfte-Elemente zum Heer zählen als der Warschauer Pakt selbst. Der Osten wünscht einen neuen Austausch der Daten nach dem Stand vom 1.1.1980. Ich hoffe, daß das zum Anlaß genommen wird, die Differenz aufzuklären. Ohne Aufklärung dieser Differenz darf kein erstes Reduzierungsabkommen abgeschlossen werden. Ein Abkommen ohne diese Vertrauensgrundlage ist für die Ost-West-Beziehungen abträglicher als der Verzicht auf ein Abkommen.

KSZE

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß die mit der KSZE-Schlußakte eingeleitete Politik den Frieden in Europa gefestigt hat. Bei der 2. Folgekonferenz, die am 11. November dieses Jahres in Madrid beginnen soll, kommt es darauf an, die Grundsätze der KSZE-Schlußakte im gegenseitigen Einvernehmen weiterzuentwickeln. Dabei muß die Gleichwertigkeit aller Tagesordnungspunkte gewahrt bleiben.

Auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid 1980 sollte eine Sonderkonferenz vereinbart werden, die Vorschläge für die Weiterentwicklung vertrauensbildender Maßnahmen in Europa ausarbeitet. Zur Vertrauensbildung tragen auch Maßnahmen bei, die Angriffsmöglichkeiten aus dem Stand verringern, die Vorwarnzeiten verlängern und offensive Fähigkeiten und Strategien in defensive umwandeln.

Die Anregungen Frankreichs, der NATO und des Warschauer Paktes sind gekennzeichnet von der Bereitschaft zur Stabilisierung des Friedens in Europa durch militärisch vertrauensbildende Maßnahmen. Diesen Maßnahmen kommt in der gegenwärtigen internationalen Lage, die sich seit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan rapide verschlechtert hat, erhebliche Bedeutung zu.

Darüber hinaus sind Maßnahmen erforderlich, die die Wiederholung einer militärischen Intervention außerhalb Europas verhindern. Diese Maßnahmen müssen von der NATO gemeinsam vorbereitet, verantwortet und arbeitsteilig durchgeführt werden. Sie müssen so angelegt sein, daß

- an der westlichen Entschlossenheit nicht gezweifelt werden kann,
- der Konfliktraum eingegrenzt und nicht ausgeweitet wird,
- Maßnahmen des Konfliktabbaus möglich werden,
- der Sowjetunion der Weg zurück politisch nicht verstellt wird.

Verhandlungsfortschritte in Europa können zur Stabilisierung der Weltlage beitragen. Die Allianz hat durch Verhandlungsvorschläge für die MBFR-Verhandlungen und die Aufnahme von Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen gezeigt, daß sie bereit ist, ihren Beitrag zum Konfliktabbau zu leisten.

(-/21.4.1980/h1/ca)

+

+

+



Den Spielraum einhalten

Innerdeutsche Entspannung bleibt unser Programm

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen

Vor wenigen Woche erstattete Bundeskanzler Helmut Schmidt vor dem Deutschen Bundestag den diesjährigen Bericht zur Lage der Nation. Er führte konkret und mit Zahlenmaterial untermauert vor Augen, was wir Deutschen, insbesondere die Berliner, zu verlieren haben, wenn es tatsächlich dahin kommen sollte, daß der Osten und der Westen in Europa wieder in Konfrontation, Konflikt und Abgrenzung zurückfallen.

Die Gefahr ist gegenwärtig nicht von der Hand zu weisen. Sie besteht tatsächlich. Sie zu bannen, liegt allerdings nicht in erster Linie an uns, auch und gerade wenn wir noch so sehr darum bemüht sind, die Voraussetzungen und Grundbedingungen gleichgewichtiger Entspannungspolitik aufrecht zu erhalten.

Einstweilen jedoch zeigen die innerdeutschen Beziehungen sich von den internationalen Turbulenzen bemerkenswert unbelastet. Wie ist das zu erklären?

Mir scheint, es wäre ein Irrtum, daraus zu schließen, die innerdeutschen Beziehungen wären von den bestimmenden Faktoren der allgemeinen Ost-West-Lage, wie dem militärischen Gleichgewicht und dem Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten, weitgehend oder auch nur relativ unabhängig. Das sind sie in Wirklichkeit nicht. Es gibt auf Dauer keine deutsche Entspannung abseits internationaler Vorgänge, die das Kräfteverhältnis insgesamt beeinflussen.

Wir tun deshalb heute mehr denn je gut daran, uns ständig gegenwärtig zu halten: Beide deutsche Staaten sind in ihr jeweiliges Bündnis eingebunden, und danach bemißt sich ihr Spielraum. Beide müssen sogar darauf bedacht sein, diesen Spielraum einzuhalten. Sonst verlören sie mit der Lockerung ihrer Bindung zu den Verbündeten auch den Rückhalt im internationalen Kräfteverhältnis. Auf diesen aber wird die DDR bei ihrem Umgang mit der günstiger situierten Bundesrepublik Deutschland ebenso wenig verzichten wollen wie diese in ihrem Verhältnis zum Einflußbereich der europäischen Supermacht Sowjetunion. Auf den Rückhalt im internationalen Kräfteverhältnis ist jeder der beiden deutschen Staaten aus je eigenen Gründen angewiesen. Was uns betrifft, sei dabei nur an die Lage Berlin erinnert.

So sagt denn der gegenwärtige Zustand der innerdeutschen Beziehungen vor allem aus, daß in beiden Staaten und darüber hinaus in beiden Bündnissen kein Interesse herrscht, in Mitteleuropa die Politik der Zusammenarbeit aufzugeben. Auch die Sowjetunion ist aus eigenen wohlherzogenen Gründen interessiert daran, den erreichten Zustand in Europa aufrechtzuerhalten. Dies wird auch, so hoffe ich, auf absehbare Zeit Berlin davor bewahren zu einem Instrument der politischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West zu werden.

Die innerdeutschen Beziehungen sind und bleiben ein Teil der Ost-West-Politik in Europa. Ein gewichtiger Teil sogar, mit Anzeige- und mit Antriebsfunktion. Weil das so ist, steht die CDU/CSU-Opposition weiterhin vor dem Problem, eine tragfähige glaubwürdige Einstellung zu unserer innerdeutschen und europäischen Entspannungspolitik zu finden. Dieses Problem hat ihr Afghanistan, auch wenn einige ihrer scharfzüngigen Vertreter es gerne so hätten, mitnichten vom Halse geschafft. Und sie wird auf die Dauer einer klaren und präzisen Haltung nicht ausweichen können. (-/21.4.1980/vo-he/ca)

+ + +

(Erscheint in der nächsten Ausgabe der SPD-Rundschau Hannover)

Verantwortlich: Willi Carl

